

Winterdienst

Nachfolgend einige Feststellungen zum winterlichen Strassenzustand in Köniz:

- 20.12.2018, 7 Uhr
Wangentalstrasse/Hallmattstrasse Oberwangen bis Fust Kreisel in Niederwangen.
Strasse ist vereist von gefrorenem Regen oder Schmelzwasser von Niederschlägen an den vorangehenden Tagen.
- 9.1.2019, abends
Der Bussbetrieb Köniz-Schloss bis Schliern musste eingestellt werden da aufgrund des Strassenzustandes ein sicherer Betrieb nicht sichergestellt war.
Bus der Linie 22 blockiert eine Fahrspur der Landorfstrasse in Niederwangen, was zu Stau auf der Landorfstrasse führt.
- 10.1.2019, ca. 8 Uhr
Wangentalstrasse/Hallmattstrasse Oberwangen bis Fust Kreisel in Niederwangen.
Strasse ist vereist aufgrund von festgefahrenem Schnee. Offensichtlich wurde weder Split noch Salz gestreut.

Die oben geschilderten Zustände auf der Wangental-/Hallmattstrasse waren insbesondere für Velofahrende an der Grenze des Zumutbaren. Da diese Strasse ein rege benutzter Schulweg ist, ist der Strassenzustand dort auch aus Sicht der Schulwegsicherheit von Bedeutung.

Auffällig ist, dass winterlichen Strassenverhältnisse für Velofahrende in der Stadt Bern an den aufgeführten Tagen viel besser waren. Augenfällig dokumentierte sich das jeweils beim Fust-Kreisel in Niederwangen. Auf der Hallmattstrasse in Niederwangen Dorf vor dem Kreisel war die Strasse vereist. Der Kreisel und die Hallmattstrasse in Richtung Bern war nass aber eisfrei.

Wir bitten den Gemeinderat, folgende Fragen zu beantworten:

1. Entsprechen vereiste Strasse, wie oben geschildert, der vom Gemeinderat angestrebten Servicequalität eines funktionierenden Winterdienstes?
2. Wie ist der Unterhaltsdienst organisiert, um auf **vorhersehbare** Wetterereignisse wie z.Bsp. Strassenglätte nach einer kalten Winternacht angemessen und wirkungsvoll reagieren zu können?
3. Geniessen Schulwege beim Winterdienst Priorität?

18.1.2019

A. Lang
75 Ferry
Camden Ave

Stumm
s. p. 1
ll. Rott

R. AL L
B. J. W.
D. B. B.
E. A. S.
J. B. B.

BB
Dames
Ruth
M. Sch
Vaya
James
S. Toller
L. Dames
Kledtrag

[Handwritten signature in blue ink]

1902

Interpellation Mitte-Fraktion BDP-CVP-EVP-glp

Einsatz von Zweirichtungsfahrzeugen auf der Tramlinie 9

Am 28. September 2014 nahmen die Stimmberechtigten der Gemeinde Köniz die Vorlage «Tram Region Bern, Realisierung Tramlinienverlängerung 9; Gemeindekredit» mit einem Ja-Stimmen-Anteil von 64.3 Prozent an. Wie schon damals bekannt war, kann das Projekt nur umgesetzt werden, wenn weitere Voraussetzungen erfüllt sind. Insbesondere müssen die Finanzierungsbeiträge von Bund und Kanton gesprochen sein.

So sind seit dem Könizer Volksentscheid mehrere Jahre vergangen. Die verfügbare Fahrzeugtechnik und Haltungen gegenüber dieser haben sich in dieser Zeit weiterentwickelt: Während verschiedene Akteure 2014 noch bemüht erschienen, die Nachteile von Zweirichtungsfahrzeugen zu hervorzuheben, war vor kurzem der Presse zu entnehmen, dass Bernmobil 20 neue Zweirichtungsfahrzeuge anschafft. Diese Ausgangslage erfordert es, auch in Köniz noch einmal über die Bücher zu gehen.

Der Gemeinderat ist gebeten, folgende Fragen zu beantworten:

1. Welche Voraussetzungen (rechtliche, finanzielle, Landerwerb etc.) für die Umsetzung des Projekts zur Verlängerung der Tramlinie 9 bis Kleinwabern sind heute noch nicht erfüllt?
2. Wo stehen die Planung und das Plangenehmigungsverfahren für das Projekt heute? Mit welchem Zeithorizont rechnet der Gemeinderat für die Planung, das Plangenehmigungsverfahren, die Realisierung und die Inbetriebnahme?
3. Den Parlamentsunterlagen vom 23. Juni 2014 ist zu entnehmen, dass für die Umsetzung von Tram Region Bern eine eigene Aktiengesellschaft gegründet werden sollte.¹ Besteht diese Absicht für die Umsetzung der Verlängerung der Linie 9 weiterhin?
4. Auf welchen Tramlinien von Bernmobil müssen heute zwingend Zweirichtungsfahrzeuge eingesetzt werden? Wie viele Trams inkl. Reserve werden für den Betrieb dieser Linien benötigt? Wie viele Trams werden für den Betrieb der verlängerten Linie 9 benötigt? Gibt es Linien, auf denen prinzipiell keine Zweirichtungsfahrzeuge eingesetzt werden können?
5. Über wie viele Zweirichtungsfahrzeuge verfügt Bernmobil heute? Wie viele werden voraussichtlich wann ausrangiert? Wie viele neue Trams (alle Modelle) muss Bernmobil voraussichtlich innerhalb der nächsten 20 Jahre anschaffen, wann und zu welchem Zweck?
6. Wer bezahlt die Mehrkosten, die durch den Einsatz von Zweirichtungsfahrzeugen entstehen (Anschaffung, Wartung)? Wem kommen die Minderkosten zugute (geringere Baukosten, Opportunitätsgewinne durch anderweitige Nutzung der Landflächen, die für Wendeschlaufen benötigt werden, höhere Kapazität)?
7. Gibt es einen konkreten Grund zur Annahme, dass Bund oder Kanton es hinsichtlich der Mitfinanzierung oder der Genehmigung der Verlängerung der Linie 9 als nachteilig auslegen würden, wenn die Linie 9 mit Zweirichtungsfahrzeugen betrieben würde? Wurde die zuständige Bundesbehörde in dieser Frage bereits kontaktiert?
8. Ist der Gemeinderat der Ansicht, dass das Ja der Könizer Stimmberechtigten zur Verlängerung der Tramlinie 9 nach Kleinwabern nicht zustande gekommen wäre, wenn diese Tramlinie mit Zweirichtungsfahrzeugen betrieben würde statt mit Einrichtungsfahrzeugen und Wendeschlaufen?

Köniz, Januar 2019

Casimir von Arx
A. Kauf

Stamm
Smarc Rik

P. Al L
J. Ruck

¹ https://www.koeniz.ch/public/upload/assets/5498/2014-06-23_T04_TRB-Linie-9.pdf, S. 17.

M. R. + D. R.

Klosterhaus 1.

B. Z. 11

E. AN

D. B. C.

G. Smith

W. Jones

D. + L. L.

H. W. M.

~~George~~

L. Jones

C. H. C.



Sozialdemokratische Partei
Köniz

1903

"Für eine starke Kernregion Bern"

Postulat SP Köniz: «Smart Mobility» Veloverleihsystem in ÖV-Tickets der Region Bern integrieren

Der Gemeinderat wird gebeten

1. in Koordination mit den Gemeinden der Resonanzgruppe Kernregion Bern die Integration des Veloverleihsystems in die Tarifverbünde des öffentlichen Verkehrs zu prüfen.
2. mit den beteiligten Transportunternehmen in der Kernregion Bern Kontakt aufzunehmen, namentlich mit dem Tarifverbund Libero mit SBB, RBS, BLS, Bernmobil, Moonliner; Post mit Publibike und anderen, um die Ideen von Smart Mobility und die Einführung entsprechender Tarifverbünde voranzutreiben.

Begründung

Die Stadt Bern verfügt über das führende Veloverleihsystem der Schweiz. Das Veloverleihsystem wird schrittweise auch in der Gemeinde Köniz und den übrigen Berner Agglomerationsgemeinden eingeführt.

Noch weniger weit ist die Integration der verschiedenen Mobilitätsformen in den Tarifverbünden. Es ist schon möglich, den SwissPass mit dem Veloverleihsystem zu verknüpfen, hingegen können keine Tickets im Libero-Verbund bezogen werden, welche das Veloverleihsystem berücksichtigen. Dazu zwei Anwendungsbeispiele, um den Nutzen einer möglichen Integration aufzuzeigen:

- Eine Person hat ein Streckenabonnement (z. B. ab Uetendorf, Thun, usw.) nach Wabern oder Bern und möchte den Weg vom Bahnhof zur Arbeit nach Liebfeld mit dem Leihvelo zurücklegen. → Neu kann sie beim Kauf des Abos die Option «Veloverleihsystem» wählen und mit dem ÖV-Abo gleich auch den Preis für den täglichen Veloverleih mitbezahlen.
- Eine Person löst eine Einzelfahrt nach Bern und wählt die Option Cityticket (Libero-Zone 100/101). → Neu kann sie bei der Option Cityticket wählen, ob sie diese mit ÖV, mit Veloverleih, oder mit beidem wünscht.
- Personen mit GA/Halbtax können neu auf Wunsch die Option «Veloverleihsystem» auf ihrem SwissPass integrieren.

Diese Strategie entspricht auch den Leitlinien der Kernregion Bern zur Entwicklung einer «Smart Region», welche die Resonanzgruppe Kernregion Bern in diesem Jahr entwickelt hat.

Köniz, 21.1.2019 / Ruedi Lüthi

(Handwritten signatures and notes)

Caricatur von AR

D. Beller

B. J. ...

C. Nieder

F. ...

A. ...

M. ...

...

Interpellation Mittefraktion (BDP, CVP, EVP, glp)

- Vorhandene VR-Mandate
- Vereinbarkeit des VR-Mandats bei Bernmobil mit den Interessen der Gemeinde Köniz

Bekanntlich besetzen die Mitglieder des Gemeinderats von Köniz und Vertreter aus der Gemeindeverwaltung diverse Verwaltungsratsmandate in verschiedenen Gesellschaften / Firmen.

Gerade die Treuepflicht eines Verwaltungsrats gegenüber der Gesellschaft / Firma ist insbesondere im Obligationenrecht festgeschrieben (**Art. 717, Abs 1. OR**).

Wortlaut Art 717 Abs. 1 OR

IV. Sorgfalts- und Treuepflicht

- ¹ Die Mitglieder des Verwaltungsrates sowie Dritte, die mit der Geschäftsführung befasst sind, müssen ihre Aufgaben mit aller Sorgfalt erfüllen und die Interessen der Gesellschaft in guten Treuen wahren.

Die städtischen Verkehrsbetriebe (Bernmobil) besetzen einen Sitz Ihres Verwaltungsrats gemäss dem geltenden Anstaltsreglement mit einer Vertretung aus einer von SVB (Bernmobil) bedienten Nachbargemeinde.

Diese Besetzung erfolgte Anfang Januar 2018 mit der Wahl von Christian Burren, Gemeinderat Köniz, Direktion Planung und Verkehr, welcher auch Mitglied der Verkehrskommission der Regionalkonferenz Bern-Mittelland ist.

Dem Vortrag des Gemeinderats von Bern an den Stadtrat (2017.TVS.000285) ist zu entnehmen, dass die Wahl auf den Vertreter von Köniz gefallen ist, weil dieser unter anderem bereit ist:

Die Eigentümerstrategie von Bernmobil umzusetzen und sich auch bereit erklärt hat sein persönliches und professionelles Netzwerk für die Unternehmensinteressen von Bernmobil zur Verfügung zu stellen.

Gemäss der Könizer Gemeindeordnung vertritt der Gemeinderat die Gemeinde Köniz und deren Interessen gegen aussen.

Aufgrund dieser Tatsachen bitten wir den Gemeinderat folgende Fragen zu beantworten:

1. Welche Verwaltungsratsmandate als Vertretung der Gemeinde Köniz halten die Mitglieder des Gemeinderats oder der Gemeindeverwaltung aktuell?
2. Wie stellt der Gemeinderat sicher, dass die Interessen von Köniz insbesondere in Bezug auf den öffentlichen Verkehr, gegenüber dem Auftragnehmer Bernmobil und der Regionalkonferenz Bern-Mittelland aktiv vertreten werden.
3. Macht sich der Gemeindevertreter, welcher im Verwaltungsrat von Bernmobil Einsitz nimmt nicht sogar nach OR strafbar, wenn er die Unternehmensinteressen von Bernmobil in der eigenen Gemeinde nicht umsetzt?
4. Ist Köniz bei Neuausschreibungen von Leistungen im öffentlichen Verkehr nicht befangen, wenn neben Bernmobil weitere Mitbewerber ihre Dienstleistungen offerieren?
5. Wäre es aufgrund des zweifelsohne vorhandenen Konfliktpotentials zwischen dem Verwaltungsratsmandat bei Bernmobil und den Interessen der Gemeinde Köniz nicht angebracht, darauf zu verzichten, dass dieses Verwaltungsratsmandat durch ein Mitglied des Gemeinderats besetzt wird?
6. Besteht das Potenzial eines Konflikts zwischen den Interessen der Gemeinde und den Interessen einer Gesellschaft / Firma, dessen Verwaltungsrat ein Gemeinderatsmitglied oder ein Mitglied der Verwaltung angehört, nicht im Prinzip auch bei allen anderen Mandaten gemäss Frage 1?»

Köniz, 21. Januar 2019

Thomas Frey

Thomas Frey
A. Frey
D. A. C.

Christian Burren
Casimir von Arx

Thomas Frey
T. Frey

Q. L. L.

B. 2-11

Postulat (Junge Grüne, Grüne)
Kinderfreundliche Gemeinde Köniz

Antrag

Der Gemeinderat wird gebeten, eine Standortbestimmung zur Kinderfreundlichkeit der Gemeinde durchzuführen und dem Parlament einen Bericht der Ergebnisse zu unterbreiten. Dabei soll die bereits erprobte Methodik der UNICEF Initiative «Kinderfreundliche Gemeinde» genutzt werden. Im Bericht ist insbesondere zu begründen, ob der Gemeinderat als fortführenden Schritt das UNICEF-Label «Kinderfreundliche Gemeinde» beantragen will. Falls ja, soll über die geplanten weiteren Schritte informiert werden. Falls nein, soll aufgezeigt werden, wie sichergestellt wird, dass die eruierten Potentiale bezüglich Kinderfreundlichkeit der Gemeinde Köniz in Zukunft trotz Verzicht dennoch ausgeschöpft werden beziehungsweise wie die ermittelten Stärken erhalten werden sollen.

Begründung

Bereits vor einigen Jahren entwickelte UNICEF Schweiz unter Beizug von Expertinnen und Experten einen Fragebogen, der es interessierten Gemeinden erlaubt, eine Standortbestimmung zur Kinderfreundlichkeit durchzuführen. Die Ergebnisse werden von UNICEF Schweiz ausgewertet und auf Wunsch der Gemeinde in einem persönlichen Gespräch vorgestellt. Es steht den Gemeinden danach frei zu entscheiden, ob sie sich für die Auszeichnung «Kinderfreundliche Gemeinde» bewerben möchte. Aktuell sind knapp 40 Gemeinden zertifiziert beziehungsweise rezertifiziert. Darunter z.B. Bern, Thun oder Lyss.

Die UNICEF Initiative «Kinderfreundliche Gemeinde» hat zum Ziel, die Umsetzung der Kinderrechtskonvention auf kommunaler Ebene zu unterstützen. Den Gemeinden kommt bei der Umsetzung der entsprechenden übergeordneten Gesetze eine äusserst wichtige Rolle zu. In der Standortbestimmung werden deshalb unterschiedlichste Themenbereiche untersucht, die für Kinder im Alltag besonders relevant sind. Beispielsweise werden dort Bildung, familien- und schulergänzende Betreuung oder Gesundheit thematisiert. Durch das mehrstufige Vorgehen der Initiative fallen für die Gemeinde bei einer ersten Standortbestimmung kaum Kosten an. Fällt diese erste Standortbestimmung positiv aus, kann sich die Gemeinde um das Label „Kinderfreundliche Gemeinde“ bewerben. Diese Auszeichnung kommt in erster Linie den Kindern und Jugendlichen zugute, indem mit konkreten Massnahmen die Situation der Kinder in ihrem direkten Lebensumfeld auch zukünftig verbessert wird. Das positive Image einer «Kinderfreundlichen Gemeinde» trägt aber auch generell zu einer höheren Lebensqualität und zur Förderung des gesamten Wohn- und Wirtschaftsstandortes und damit zur Attraktivität von Köniz bei.

Köniz, 18.01.2018

[Handwritten signatures in blue ink]
 T. Ad
 C. Böhner
 D. Breen
 R. Duth
 V. J. J. J.

[Handwritten signatures in blue ink]
 S. Telles
 M. B. B.
 A. B. B.
 L. B. B.
 A. Rott
 F. Adm
 P. B. B.



Sozialdemokratische Partei
Köniz

1906
Dringlichkeit
nicht gewählt

Interpellation SP: Wie will der Gemeinderat die Umstellung auf Betreuungsgutscheinen bei der familienergänzenden Kinderbetreuung im Vorschulalter gestalten?

Der Regierungsrat hat bekannt gegeben, dass die Vergünstigung der Elterntarife in Kitas und Tagesfamilien ab dem Jahr 2019 auch ausserhalb der Stadt Bern über Betreuungsgutscheine erfolgen soll. Die definitive Verordnung soll laut Regierungsrat im Frühling 2019 publiziert werden. Laut einem Bund-Artikel vom 23. November 2018¹ ist die Gemeinde Köniz mit den Vorbereitungen bereits weit fortgeschritten und plant, im August 2019 mit dem neuen Betreuungsgutscheinsystem zu starten.

Aus diesem Kontext ergeben sich folgende Fragen:

1. Plant der Gemeinderat tatsächlich, die Betreuungsgutscheine bereits im August 2019 einzuführen?
2. Laut bisher bekannten Informationen können die Gemeinden beschliessen, ob sie die Betreuungsgutscheine kontingentieren wollen oder nicht. Will der Gemeinderat die Betreuungsgutscheine in Köniz kontingentieren? Wenn ja, weshalb?
3. Würden bei einer Kontingentierung alle anspruchsberechtigten Eltern in Köniz einen Betreuungsgutschein erhalten? Wenn nein, weshalb nicht?
4. Bisher erhielten Betriebe für die Ausbildung der Lernenden Fachperson Betreuung Kind eine Ausbildungspauschale vom Kanton. Nun soll diese Pauschale vom Kanton wegfallen. Wie kann der Gemeinderat sicherstellen, dass die Kitas weiterhin genügend Lernende ausbilden?
5. Wie kann der Gemeinderat sicherstellen, dass Praktikantinnen und Praktikanten in Kitas nicht als günstige Arbeitskräfte genutzt werden, sondern dass genügend Lehrstellen angeboten werden? Wäre eine Regelung möglich, dass pro Praktikumsstelle mindestens eine Lehrstelle Fachfrau Betreuung angeboten wird?
6. Faktisch ist eine Auslastung der Kita-Plätze von 100% nicht möglich, da es immer Schwankungen in der Auslastung gibt. Bisher hat der Kanton den Kitas eine Risikopauschale ab einer Auslastung von 95% der Plätze entrichtet. Neu soll sie gestrichen werden. Wie kann der Gemeinderat einen Preisanstieg für Kitaplätze oder einen Qualitätsnachlass durch Überbelegung verhindern, wenn die bestehende Risikopauschale des Kantons wegfällt?
7. Welche Möglichkeiten hätte der Gemeinderat, um im neuen System eine Risikopauschale an die Kitas zu entrichten?
8. Kann der Gemeinderat im neuen System eine Tarifobergrenze und/oder -Untergrenze festlegen? Ist dies vorgesehen? Und wenn ja, wie wäre dies aus Sicht des Gemeinderats auszugestalten?
9. Plant der Gemeinderat weitere Massnahmen, um steigenden Preise für die Eltern zu verhindern und die Qualität, Löhne und Arbeitsbedingungen in den Kitas zu sichern? Wenn ja, welche Massnahmen kann er sich vorstellen?
10. Wie wird die Gemeinde die Qualitätssicherung in den Kitas sicherstellen? Wird es ein Bewilligungsverfahren und eine Aufsicht für die Kitas durch die Gemeinde geben?

Antrag auf Dringlichkeit

Wie dem bereits erwähnten Bundartikel zu entnehmen ist, scheint der Gemeinderat in der Planung zur Einführung der Betreuungsgutscheine bereits weit vorgeschritten zu sein. Die Interpellation muss dringlich behandelt werden, damit nach der Beantwortung weiterhin der Handlungsspielraum für das Parlament offen bleibt vor der Umstellung im August 2019 auf das Geschäft zu reagieren.

Handwritten signatures:
T. Faurer
S. Feller
M. W. Ri.
A. Rott
F. Aden
P. Heller